

Am 25. September stimme ich aus Überzeugung nein zur AL-Initiative:

Umdenken statt doppelt zahlen.

Ich bin gerne Mutter. Zudem macht mir meine Arbeit Freude und mein grosses Hobby – die Politik – ist mir ebenfalls wichtig. Das alles kann ich nur unter einen Hut bringen, weil ich meine Kinder gut betreut weiss. Bei den Grosseltern und in einer wunderbaren Kinderkrippe. Ausserdem ist viel Flexibilität des Arbeitgebers gefragt. Mit ihrer Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» hilft die AL Familien wie meiner überhaupt nicht – im Gegenteil.

Mit einer kantonalen Volksinitiative will die Alternative Liste, AL, einen kantonalen Betreuungsfonds für die familienexterne Kinderbetreuung schaffen. Speisen sollen diesen Fonds die Unternehmen mit einer zusätzlichen Abgabe von 2 bis 5 Promille auf die Lohnsumme, was jährlich rund 120 Millionen Franken ergäbe. Mit dem Geld sollen die Eltern finanziell entlastet und neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Mit ihrer Initiative greift die AL in ein gut funktionierendes System ein. Erst 2010 hat die Stimmbürgerin entschieden, dass die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippenplätzen

schaffen und auch die Tarifverordnungen selbst festlegen sollen. Winterthur hat erst 2014 die Gebührenverordnung angepasst. Und momentan besteht in der Stadt sogar ein Überangebot an Krippenplätzen.

Auch kantonsweit ist der Trend klar – er zeigt steil aufwärts. Zwischen 2005 und 2013 hat sich die Zahl der familienexternen Kinderbetreuungsplätze gemäss Kinderbetreuungsindex verdoppelt. Dafür braucht es die AL-Initiative also nicht.

Die Monatsrechnung der Kinderkrippe treibt einem den Schweiss auf die Stirn, das muss ich zugeben. Aber gute Betreuung ist diesen Preis wert – keine Frage. Zudem würden etwas tiefere Betreuungskosten den wenigsten Familien helfen. Was wirklich hilft, wäre noch mehr Flexibilität der Arbeitgeber. Die Unternehmen sollen flexiblere Arbeitszeitmodelle, vermehrt Homeoffice-Lösungen und mehr Teilzeitstellen in Führungspositionen anbieten. An solchen fehlt es vielerorts noch, gerade für die Väter. Sie müssen die Verantwortung für die Kinderbetreuung mittragen – auch, wenn die Kleinen mal krank sind – und

stossen noch immer auf zu viel Unverständnis.

Zu dieser nötigen Flexibilität trägt die AL-Initiative nichts bei. Sie verhindert diese sogar. Mit der Zwangsabgabe für den vorgeschlagenen Fonds würden Unternehmen steuerlich doppelt belastet – ein Teil ihrer Steuerzahlungen fliesst bereits in die Subventionen für Kinderbetreuungsplätze. Viele würden dann auf weitere eigenverantwortliche oder freiwillige, aber wahrlich hilfreiche Beiträge verzichten.

Die Initianten greifen ein aktuelles Thema auf – insbesondere für mich. Die familienexterne Kinderbetreuung muss für alle erschwinglich und gut zu organisieren sein. Aber mit einer neuen Krippensteuer für unsere Unternehmen erreichen wir das nicht. Es braucht noch ein vertieftes Umdenken und zusätzliche Flexibilität der Arbeitgeber. Deshalb stimme ich am 25. September aus Überzeugung nein. Weil ich gerne Mutter, Berufstätige und Politikerin bin – und weil ich das bleiben möchte.

Carola Etter-Gick,
16.9.2016, 115. Jahrgang, Nr. 260.